

# Wirtschaftsjournalismus ist gefährlicher als Links- und Rechtsextremismus!

Offener Brief  
an  
Journalisten und Redakteure  
des Fachbereichs Wirtschaft

von  
Tristan Abromeit

Februar 2013

[www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de)

Text 110.1

Text 110.2

Verdeutlichung des Anliegens  
durch eine Auseinandersetzung mit der Person  
des Bundespräsidenten Joachim Gauck,  
seinen Büchern und seiner Rede vom 22. Februar 2013

## Einleitung

Sehr geehrte Damen und Herren,

da es nicht meine Absicht ist, Sie zu diffamieren, bedarf die Titelwahl eine Erläuterung, bzw. das Abstecken eines gedanklichen Rahmens in dem er seine Berechtigung hat:

Erstens gehe ich davon aus, dass Sie, die sich um Aufklärung ihres Publikums und nicht um deren Desinformation bemühen,<sup>1</sup> und ein Studium mit dem Schwerpunkt Wirtschaftswissenschaft absolviert haben. Das wird nicht in allen Fällen stimmen, vereinfacht aber gedanklich die Darstellung meines Anliegens.

Zweitens nehme ich folgendes an: Wo immer ich einen Volkswirt oder Wirtschaftswissenschaftlerin treffen werde, habe ich es in der Regel mit einen sympathischen und um Fachkompetenz bemühten Menschen zu tun. Wenn ich trotzdem zu der Behauptung "Wirtschaftsjournalismus ist gefährlicher als Links- und Rechtsextremismus" greife, dann hängt das wohl mit dem zusammen, was Hannah Arendt uns mit dem Begriffspaar von "Banalität des Bösen" bewusst gemacht hat.<sup>2</sup> So scheußlich die Morde der NSU-Bande sind, die Fehler im ökonomischen Denken haben tausend mal tausend scheußlichere Wirkungen.

Drittens urteile ich nicht als einer, der den totalen Durchblick in der Ökonomie hat, sondern als einer dessen ökonomische Bildung gerade soweit reicht, um Ungereimtheiten und Unterlassungen in der ökonomischen Berichterstattung manchmal zu merken.

Viertens ist die Gruppe der Wirtschaftsjournalisten nur eine Teilgruppe der "Ökonomie-Bande". Weitere Teilgruppen bilden jene Ökonomen, die die Ministerien dominieren, die sich auf dem Weg der politischen Karriere befinden, die den Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden eine Stütze sind und jene, die in den Berufs- und allgemeinbildenden Schulen ökonomisches Wissen vermitteln. Die gute Absicht oder der gute Wille sind auch hier keine Garantie dafür, dass das Ergebnis nicht einen bösen Charakter hat.

---

<sup>1</sup> Welcher Aufgabe Sie sich stellen oder verpflichtet sind, ist nicht immer erkennbar. Das Problem ist, dass der Irrtum in einer Berichterstattung auch wie eine Desinformation wirkt.

<sup>2</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Über\\_das\\_Böse](http://de.wikipedia.org/wiki/Über_das_Böse)

Fünftens: Alle Teilgruppen der Ökonomen scheinen mir durch Fremdprägung oder eigene Überzeugungsbildung in einem ideellen Abhängigkeitsverhältnis zur Übergruppe - die die Mitglieder der ökonomischen Fakultäten der Hochschulen bildet - zu stehen. Ohne diese vermutete Abhängigkeit durch Prägung oder ideelle Bindung an die Hochschullehrerschaft - die jegliche theoretische Fehlleistung produzieren kann, ohne dafür in Haftung genommen zu werden - und ohne Ihre Abhängigkeit von Verlagen und Rundfunkanstalten ist das, was der Wirtschaftsjournalismus tagtäglich liefert, oft nicht zu verstehen. Aber trotz des nicht nur von mir vermuteten - vom Einzelnen nicht vermeidbaren - negativen Geflechts aus wirtschaftlichen und ideellen Abhängigkeiten, wird es wohl selten möglich sein, einem Wirtschaftsjournalisten oder -redakteur eine bewusste Schädigung von Individuen und Gesellschaften nachzuweisen.

So weit oder so eng ist der Rahmen in dem ich mein Anliegen vortrage. Aber es fehlt noch der Hinweis auf die Unzulänglichkeit des Bildes von einem Berufskollektiv mit einer Kollektivschuld. Jeder von Ihnen wird doch von sich sagen: "Da passe ich doch gar nicht rein!" Und jeder von Ihnen wird Professoren oder Professorinnen benennen können, die sich einsam oder im Verbund mit anderen bemühen, die Fehlleistungen der Ökonomie zu korrigieren. Vorhin ist mir bei der Suche im Netz ein Hinweis auf einen Vortrag von Professor Dr. Christian Kreiß vor die Augen gekommen. Ich habe ihn mir gleich angehört und komme zu dem Schluss, dass sein Anliegen dem meinen ähnelt.

<http://keynesianer.blogspot.de/2013/02/ein-sehr-wichtiger-vortrag-zur.html>

Auch wimmelt es in der Literatur und im Netz von Beiträgen, die der von mir unterstellte Konformität des Denkens der Ökonomen widersprechen. Ich greife nur zwei Titel aus meinen Stapel der ungelesenen Bücher heraus: "Die Plünderung der Erde / Anatomie einer Ökonomie der Ausbeutung / Ein Beitrag zur ökologischen Ökonomik" von Prof. Dirk Lühr und "Die Idee der Gerechtigkeit" von Nobelpreisträger Amartya Sen. Auch sind schon häufiger Hochschul-lehrer anzutreffen, die bezweifeln, dass ihre ökonomische Profession den Titel *Wissenschaft* verdient. Aber das sind alles nur Zeichen des Aufbruchs. Es ist noch nicht der Aufbruch, der die kollektive Unvernunft überwindet.

Nun benenne ich noch kurz die Meldungen, die zum Auslöser dieses Offenen Briefes wurden:

1. Gabor Steingart schrieb im Handelsblatt Morning Briefing vom 15. Februar 2013:

> Er war der **Ökonomie-Star** einer Epoche. Das US-Magazin "Time" kürte

den Erfinder des "deficit spending" 1965 zu einem der drei wichtigsten Ökonomen, die je gelebt haben. Und nach der **Finanzkrise** des Jahres 2008 verhalfen ihm Obama, Merkel und Co. zu neuer Popularität. Unser heutiger Wochenendtitel "**Die sieben Irrtümer des John Maynard Keynes**" würdigt den intellektuellen Tausendsassa - und rechnet ab mit dem Vater der Staatsschuldenkrise.

Keine Meinung ohne Gegenmeinung: Deshalb luden wir die Keynes-Verehrerin **Sahra Wagenknecht** von der Linkspartei und den Keynes-Kritiker **Hans-Werner Sinn** vom Ifo-Institut zum **Streitgespräch** in unsere Frankfurter Redaktion. Es geht in dem anregenden Schlagabtausch um **gute oder schlechte Schulden** und um den Zusammenhang von Kapitalismus und schlaflosen Nächten. <

Ich habe mir gleich die Druckausgabe des Handelsblattes besorgt und die genannten Beiträge gelesen.

**2.a** Ich war damit kaum fertig, als ich einen Link zu folgendem Artikel erhielt:

> G20 Gipfel in Moskau / Showdown im Währungskrieg

15.02.2013, 12:00 Uhr, aktualisiert 15.02.2013, 16:01 Uhr  
Der starke Euro und Japans Geldpolitik schüren die Angst vor einem Währungskrieg. In Moskau sitzen die 20 größten Wirtschaftsmächte am G20-Tisch und hätten die Chance, die gefährliche Debatte aus der Welt zu schaffen. <

<http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/geldpolitik/g20-gipfel-in-moskau-showdown-im-waehrungskrieg-seite-all/7789448-all.html>

Der Artikel ist gekennzeichnet mit [rtr/dpa](#) .

**2.b** Am Montag, den 18. 2. 2013 war dann in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung folgende Schlagzeile zu lesen:

> Votum gegen „Währungskrieg“ <

**3.** Eine weitere Nachricht kam hinzu: Die Medien meldeten unter anderem unter:

<http://www.ndr.de/regional/hamburg/flughafen537.html>

> Streik sorgte für Chaos am Airport

Der Hamburger Flughafen wird am Dienstag nicht bestreikt. Die Gewerkschaft ver.di hat am Montag in der Hansestadt eine entsprechende Verlängerung der Streikpause um einen Tag angekündigt. Ob es danach zu Arbeitsniederlegungen komme, werde die Gewerkschaft "rechtzeitig" bekanntgeben. <

Diese drei Themen <sup>3</sup> lösten in mir den Impuls aus, mich öffentlich über die Unzulänglichkeit in der Berichterstattung über ökonomische geschichtliche und gegenwärtige Ereignisse zu beklagen. Dagegen stand die pessimistische Einsicht, dass ich nicht gegen diesen großen Misthaufen wirkungsvoll anstinken kann. Da ich nun den Anfang gemacht habe, steht fest, dass mein Mut zur Selbstbehauptung stärker ist als meine Neigung zur Resignation. Ob die Waage sich während des Schreibens in die andere Richtung neigt, weiß ich noch nicht. Wenn ja, dann erfahren Sie es nie.

## Erster Themen-Block

Ich beginne mit dem ersten Komplex: Das Handelsblatt-Interview mit Hans-Werner Sinn und Sahra Wagenknecht empfand ich so wie eine schöne, glänzende Keksdose, deren Inhalt nicht der Verpackung entsprach und daher enttäuschte. Hier bleibt nur anzumerken, dass die Redaktionen von den Print- und Funkmedien offensichtlich der Meinung sind, dass der Bekanntheitsgrad ihrer Gäste wichtiger ist, als das, was diese zu sagen haben. Die Leser und Hörer werden wohl so eingeschätzt wie kleine Kinder, die das Verlangen haben, immer wieder die gleichen Figuren in den Geschichten präsentiert zu bekommen. Und wenn Sahra Wagenknecht – die ich mag - sich jetzt im Handelsblatt äußern darf, löst das bei mir die Frage aus, ob das ein Zeichen des Wandels vom Handelsblatt ist oder eines von Sahra Wagenknecht. Oder ist es ein Wandel auf beiden Seiten? Können wir auf mehr Offenheit nach allen Seiten hoffen, nachdem uns die nacheinander und nebeneinander herrschenden Theorien der Ökonomie an den wirtschaftlichen Abgrund geführt haben?

Gleich am Anfang schreibt Jens Münchrath in seinem Handelsblatt-Artikel „John Maynard Keynes der unverstandene Prophet“:

> Selten war sich ein Ökonom schon zu Lebzeiten seiner Weltgeltung so sicher wie John Maynard Keynes. „Die Ideen der Nationalökonomien und der politischen Philosophen sind von weit größerem Einfluss, als man gemeinhin annimmt, in Wirklichkeit wird die Welt von fast nichts anderem regiert“, schrieb der britische Ökonom in seinem Hauptwerk „Die allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ im Jahr 1936. <

---

3 Ich war schon fasst verführt, eine Meldung über die zunehmende Belastung der Arbeitnehmer aufzugreifen, weil auch Prof. Kreiß die ökonomisch unnötige Arbeit als Wohlstandsverlust thematisiert. Es wird in den Medien viel zu wenig die Muße als Voraussetzung von Kultur und Demokratie erwähnt. Aber mit den drei gewählten Themenblöcken ist ja schon der Rahmen „Offener Brief“ gesprengt.

Das Zitat kommt mir bekannt vor, bei einer Seitenangabe hätte ich mich schnell von seiner Korrektheit überzeugen können. Ob Keynes diese Aussage auch auf sich angewendet hat, ist mir hier nicht belegt. Dass er den Wunsch einer solchen Denkprägung durch seine Lehre gehegt hat, ist wohl anzunehmen. Verwunderlicher ist schon, dass die Mahnung, die in seiner Aussage steckt, von den Mitgliedern der ökonomischen Zunft nicht beachtet wurde. In dem Zitat steckt doch deutlich der Hinweis drin, dass die Menschen nicht nur in dem Bereich der Religionen das kritische Denken abschalten, sondern auch auf dem Feld der Ökonomie. Das hängt sicher damit zusammen, dass man sich auf Glaubenssätzen ausruhen kann. Gerade in der Ökonomie mit ihrer Komplexität und den zahlenmäßig uferlosen Quellen, stößt auch der begabteste Ökonom bald an seine Aufnahme und Verarbeitungsgrenzen, so dass eine Beschränkung auf eine Schule der Ökonomie oder die Absicherung seiner Sicht mittels eines Zitier-Kartells als eine natürliche Reaktion erscheint. Die Gefahr, die in einer solchen Neigung steckt, besteht darin, dass es zu einer Leugnung der Wirklichkeit oder Vermeidung von Quellen kommt, die das eigene theoretische Gerüst nicht stützen. Feldforschung scheint bei den Nationalökonomern ein Tabu zu sein. Ich meine damit folgendes: Wenn die Faktenlagen der Ökonomie im Zeitablauf unbefriedigend bis katastrophal sind und dann nur noch Erklärungen in Theorien gesucht werden, die zu der misslichen Lage geführt haben, und nicht auch Quellen herangezogen werden, die den feinen akademischen Nasen stinken, dann offenbart sich hier eine antiwissenschaftliche Haltung, die solange nicht auffällt, wie die Gruppenleistung des Festlegens, noch befriedigt. Wenn heute vom Paradigmenwechsel die Rede ist, dann besagt das gruppenspezifisch, daß wieder die Gruppenleistung des Suchens gefragt ist. (HOFSTÄTTER <sup>4</sup>).

In einem Buch von Hans Sveistrup <sup>5</sup> mit dem Titel „Stirners drei Egoismen – Wider Karl Marx, Otmar Spann und die Fysiokraten“, Erstauflage 1932, hier zitiert aus der Auflage von 1983, heißt es:

> Der Glaube an den Staat ist die herrschende Religion der Gegenwart. Noch beherrscht der Glaube an die Notwendigkeit herrschaftlicher Lebensordnung die Köpfe, die genossenschaftliche ist eine geschichtliche Erinnerung geworden und noch keineswegs das einmütige Willensziel des gesamten Arbeitsvolkes. < S. 27

---

4 <https://eldorado.tu-dortmund.de/bitstream/2003/2953/1/Psychologie.pdf>

5 Er war Professor der Rechte an der Universität Greifswald.

Vermutlich war dies nicht nur eine Haltung der Deutschen im damaligen Deutschland, aber hier war sie nach meiner Einsicht eine Voraussetzung für die Aufnahme des Keynesianismus, weil Keynes dem Staat umfangreiche Tätigkeiten zuwies. Für die Sozialdemokraten war der Keynesianismus die Voraussetzung, dass sie sich vom Marxismus lösen konnten und gleichzeitig der Grund dafür, dass sie in Frontstellung zu der von Silvio Gesell begründeten Freiwirtschaftsschule gingen. Gesell wollte, um der Gestaltungsfreiheit der Bürger willen, den Staat auf seine Kernaufgaben begrenzen. Die Keynesianer haben es ihrem Meister sehr übel genommen, dass er sich mehrfach positiv auf Silvio Gesell bezog. Aber das Scheitern des Keynesianismus hängt damit zusammen, dass Keynes Gesells besseren Lösungsansatz bei ähnlicher Analyse vermeiden wollte. War es Ehrgeiz oder politische Strategie? Die Wirkung war jedenfalls, dass er seine Schüler damit auf die falsche Fährte gesetzt hat.

Jens Münchrath schreibt in seinem Beitrag Keynes zitierend:

> „Das ökonomische Handeln des Menschen ist nicht nur von rationaler Abwägung geprägt, sondern auch von ‚animal spirits‘, von Emotionen und Instinkten“, argumentiert Keynes. Das gelte für Konsumenten und Produzenten. Während seine liberalen und später neoliberalen Kollegen über effiziente Märkte und rationale Erwartungen schwadronieren, ahnt Keynes: Dem Menschen wohnt etwas Irrationales inne, das auch die Wirtschaft beeinflusst. <

Diese Erkenntnis kann eigentlich jeder gewinnen, der sich selbst und die Menschen in seinem Umfeld beobachtet. Die Frage ist doch eigentlich nur, wie muss eine Wirtschaftsordnung gestaltet werden, die sich von den irrationalen Handlungen der Wirtschaftenden nicht aus dem Takt bringen lässt. Verwunderlich ist auch, dass der Homo oeconomicus als Denkmodell zu der Annahme führen konnte, mit ihm sei der wirkliche Mensch gemeint. In der schon erwähnten Schrift von Hans Sveistrup „Stirners drei Egoismen“ von 1932 ist zu lesen:

#### >DER HOMO OECOMICUS

Zur Klasse solcher zu Forschungszwecken geschaffenen Als-ob-Gebilde (methodologische Fiktionen und Idealtypen) gehört der sogenannte homo oeconomicus, der wirtschaftende Mensch. Dieser Begriff ist ein Ergänzungsstück zum Begriff der Verkehrswirtschaft im systematischen Aufbau ihrer Darstellung, keine psychologische und keine geschichtswissenschaftliche Behauptung.

Der Inhalt des Begriffs homo oeconomicus ist ein rein und streng rechnerisch verfahrenender Wirtschaftsträger in einer marktlich geordneten Wirtschaft. Verglichen mit dem in der Erlebniserfahrung angetroffenen Men-

schen ist der homo oeconomicus eine reine Gedankenschöpfung, die durch Weglassung zahlreicher und Steigerung der aufgenommenen Eigenschaften gebildet ist.

Sombart hat in seiner „Geschichte des modernen Kapitalismus“ mit reichster urkundlicher Belegung den Zug der „Rechenhaftigkeit“ herausgearbeitet. Logisch folgerichtig gehört zum „Wirtschaftler“ die Annahme einer vollständig gegenwärtigen Kenntnis der gesamten Marktlage, denn nur dann ist ein streng rechenhaftes Verfahren möglich. Der rechenhafte Wirtschaftler muß den gesamten Weltmarkt mit allen Größen, die auf ihn einwirken, vor sich sehen wie der Meister am Schachbrett den Stand des Spieles, wobei dieser überdies noch die Absichten des Gegenspielers und seine Irrtümer über die Spiellage mit kennen müßte. Der homo oeconomicus ist für die systematische Wirtschaftswissenschaft, was die Fiktion des Maxwellschen Dämons für die theoretische Physik ist. Wo wir rote Farbe, wo wir Wärme oder Druck erleben, sieht der Maxwellsche Dämon, ein Wesen mit unendlich scharfen Sinnen, Wellenbewegungen oder ein Gestöber von Molekülen, Atomen und Ionen.

Mit Hilfe der Einsetzung des homo oeconomicus wird es möglich, aus der Modelldarstellung einer lückenlosen Verkehrswirtschaft die Anzahl und die verschiedene Wirkungsgröße der einzelnen Wirtschaftsteilnehmer auszuschalten und zur Aufstellung allgemeiner Gesetze zu kommen.

Zu einer geschichtlichen Darstellung der Entstehung und des Verlaufs der Verkehrswirtschaft ist die Vorstellung des homo oeconomicus untauglich. Deshalb hat Sombart für diesen Zweck den Idealtypus des „Bourgeois“ gebildet. Ein Typus ist nicht das Durchschnittsexemplar einer Gattung, sondern der Begriff ihres reichsten Exemplars, das deshalb zum Verständnis in der Erfahrung gegebener geschichtlicher Menschen am aufschlußreichsten ist. Der Idealtypus ist - sehr abweichend von dem durch Weglassung gebildeten homooeconomicus - der gesamte Erlebnisgehalt einer Gattung zusammengeballt gedacht in einem Exemplar, so wie man etwa in der Mechanik die gesamte Masse eines Körpers in seinem Mittelpunkt zusammengeballt denkt. ... < (S. 41 f.)

Aber erst noch einmal zurück zum Ausgangszitat von Keynes über die Wirkungen von Ideen. Nach allem was ich über den Untergang der Weimarer Republik gelesen habe – die nach Nahum Goldmann eine hohe Zeit des Judentums war - <sup>6</sup> wurde der Untergang nicht durch einen überdurchschnittlichen Antisemitismus und Nationalismus in Deutschland herbeigeführt, sondern durch die herrschende falsche Theorie von der Währung. Nachfolgend die Worte eines Kronzeugen:

---

6 In „Mein Leben USA.Europa. Israel, 1981

Aus dem Buch von *Gerhard Ziemer*

„Inflation und Deflation zerstören die Demokratie“, 1971

(Hier übernommen aus meiner Auszugssammlung. GZ steht für Gerhard Ziemer, die Ziffer für den laufenden Auszug.)

Aus dem Kapitel: **Schlussfolgerungen**

GZ 94)

Der Verfasser möchte das Buch mit Ausführungen des im Oktober 1968 verstorbenen Professors L. Albert Hahn (137) schließen, entnommen aus dessen großem Aufsatz in der Zeitung »Die Zeit« vom 5. April 1963. Hahn, zugleich überragender Währungswissenschaftler und erfahrener Bankier, war in der Deflationskrise einer der führenden Reformer. Hahn, der seinem Aufsatz die Überschrift gegeben hatte: »Brüning war an allem schuld - Eine falsche Wirtschaftspolitik ebnete den Weg für die Massenverführer« schreibt darin:

GZ 95)

»Die Brüning-Luthersche Deflationsperiode, die 1931 begann, ist, wenn nicht die tragischste, so doch die paradoxeste der letzten fünfzig Jahre. Es ist die paradoxeste, weil alles, aber auch alles, was seitdem geschah - Nazirevolution, Krieg, moralische und physische Vernichtung von Millionen Menschen und schließlich die deutsche Niederlage - nach meiner und vieler meiner Freunde Auffassung vermieden worden wäre, wenn die damals die Hebelstellung der Wirtschaft, das Geldwesen, direkt oder indirekt Beherrschenden sich nur ein wenig aufgeschlossener gegenüber heute selbstverständlichen Gedankengängen gezeigt und den kumulativen Deflationsprozeß unterbrochen hätten. Statt dessen hat man, die Jüngeren werden sich den damaligen Mangel an Urteilsfähigkeit gar nicht mehr vorstellen können, die Fortsetzung des Deflationsprozesses nicht nur geduldet, sondern (aus falsch verstandenen Gold- und Wechselkursrücksichten) gewünscht und mit einer prozyklischen Fiskalpolitik gefördert. Eine solche Politik mußte ein hoffnungslos gewordenes Volk in die Arme der Extremen treiben, die ihm die rasche Befreiung von der Pest der Arbeitslosigkeit versprochen - und dieses Versprechen durch Akzeptierung etwas >moderner< Praktiken auch hielten.

GZ 96)

Um dies vorwegzunehmen: Keine der damals in Regierung oder Reichsbank verantwortlichen Personen hat das Unheil bewußt herbeigeführt. Auch die unseligen Berater aus > Theorie und Praxis <, die die offizielle Politik stützten, waren gutgläubig, wenn auch manche Industrielle aus Angst vor dem Vorwurf des Inflationismus in der Öffentlichkeit Aussagen machten, die ihrer mir privat geäußerten Überzeugung widersprachen. Ursächlich für die Deflations- oder wenn man es schonender ausdrücken will, für das Fehlen jeder bewußten Anti-Deflationspolitik, war vielmehr: Einerseits herrschte in den weitesten Kreisen eine völlige Unkenntnis über den Charakter von Wirtschaftskrisen als Deflationskrisen, andererseits ein erstaunlicher Mangel an > judgment <, an abwägendem Urteil darüber, ob der Vermeidung der katastrophalen wirtschaftlichen und politischen Deflationsfolgen oder gewissen formal-juristischen Erwägungen der Vorrang einzuräumen war. Wie unbe-

greiflich erscheint zum Beispiel heute, daß man eine Abwertung der Mark mit dem Hinweis ablehnte, daß im Young-Plan die Aufrechterhaltung der Goldparität stipuliert worden war. War doch seit der Einführung der Devisenzwangswirtschaft im Juli 1931 von einem Goldstandard überhaupt nicht mehr die Rede und die Mark im Verfolg der Pfundabwertung vom September 1931 gegenüber der zweitwichtigsten Weltwährung - und siebzehn der Pfundabwertung folgenden Nebenwährungen - tatsächlich um etwa 40 Prozent aufgewertet. Wie konnte es geschehen, fragt man sich heute, daß die Industrie, die gegen die letzte fünfprozentige Aufwertung der DM so heftig opponierte, gegen jene Aufwertung der Reichsmark nichts einwandte?

GZ 97)

Ich selbst empfinde bei der Erinnerung an diese Periode meines Lebens jetzt, nach dreißig Jahren, noch dieselbe Verzweiflung und Aufregung, die ich damals angesichts der offiziellen Geld- und Kredit-Politik verspürte; und dasselbe Gefühl der ohnmächtigen Wut darüber, daß unser Kampf erfolglos war, nicht - das hat wohl die spätere Entwicklung bewiesen - weil unsere Argumente falsch waren, sondern weil die Gegner wegen ihrer offiziellen Stellung oder auch nur wegen ihres Alters und angeblich größeren praktischen Erfahrung ein höheres Prestige genossen als wir Jüngeren, die obendrein noch vielfach Theoretiker waren.«

(S. 229 / 231)

GZ 98)

Fußnote 137)

Professor Dr. Dr. Dr. h. c. L. Albert Hahn wurde am 12. Oktober 1889 in Frankfurt/M. geboren. Er studierte Rechtswissenschaft und Philosophie, erwarb in beiden Fakultäten den Doktorgrad, wurde Assessor und Rechtsanwalt und trat 1919 in den Vorstand der Deutschen Effecten- und Wechselbank in Frankfurt/M. ein, einer Gründung seiner Vorfahren. Im Jahre 1928 wurde Hahn neben seiner weiteren Tätigkeit als praktischer Bankier auf Grund seiner zahlreichen Veröffentlichungen über Themen des Geldwerts und der Konjunkturlehre Honorarprofessor an der Universität Frankfurt/M. Im Jahre 1936 ging Professor Hahn in die Emigration. Durch Gastvorlesungen in New York, später auch in Paris und Zürich, und durch Bücher und Aufsätze, die bis kurz vor seinem Tode erschienen, wurde Professor Hahn als Währungs- und Konjunkturwissenschaftler weltweit anerkannt. Er starb am 4. Oktober 1968 in Zürich. (Ende Ziemer)

Aber es gab auch schon weit vor dem Untergang von Weimar Stimmen, die vor den Folgen der Blindheit der Marxisten – und das waren damals dominant SPD-Mitglieder - gegenüber dem Störfaktor Geld und der damaligen üblen Rolle der Presse warnten. Ich zitiere aus dieser Zeit eine Stimme und zwar die des jüdischen Arztes Max Sternberg aus Emden aus seiner Schrift „Warum und wie zur Freiwirtschaft“ aus dem Jahr 1924.<sup>7</sup>

<sup>7</sup> Der Text befindet sich in zwei Druckversionen unter den Ziffern 56.2.1 und 56.2.2 in der kleinen freiwirtschaftlichen Bibliothek auf meiner Internetpräsentation.

Dr. Max Sternberg:

## Der Bankerott der Novemberleute

Es war in den Sturmtagen des November 1918. Am Schlosse in Berlin war die rote Flagge hochgegangen. Im Gebäude des "Vorwärts" saßen die Führer der siegreichen Sozialdemokratie und überlegten: "Was nun?" Da öffnete sich die Türe und herein trat - Stinnes. Und Stinnes sagte: "M. H. Ich und meine Klassengenossen sind zur Zeit, warum soll ich es nicht aussprechen, vollständig ohnmächtig. Wir können nicht und wollen auch nicht Ihnen gegenüberreten. Sie sollen die politische Macht haben, wie Sie sie ja schon seit Jahren verlangt haben. Sie sollen in der Republik den Präsidenten stellen. Ihre Führer sollen auf Ministersesseln Platz nehmen, sollen Regierungspräsident, Oberbürgermeister, Landrat werden, kleinere Führer sollen Sekretär werden, und ganz kleine Führer sollen fortab morgens nicht mehr mit dem Handwerkszeug zur Arbeit, sondern mit der Mappe unter dem Arm zum "Dienst" gehen. So, m. H., sollen Sie die politische Macht haben.

Wir haben auch nichts dagegen, wenn Sie "verlangen", daß die "geeigneten" Betriebe sozialisiert werden. Nur eins bedingen wir uns aus: An unserer bewährten Goldwährung dürfen Sie nicht rütteln. Sagen doch alle unsere Sachverständigen, daß die Goldwährung die einzig gute Währung sei. Wer von Ihnen hat sich denn bislang um Währung bekümmert? Hat denn Ihr Marx irgend ein Wort von Währung gesagt? Aber Marx ist ja in einer sehr schwer verständlichen Schreibweise geschrieben, und wenn Sie auch seinen Namen ständig im Munde führen, so hat doch wohl von zehntausend seiner Anhänger kaum ein einziger seine drei Bände vom Kapital durchgearbeitet.

Sie haben aber ein vorzügliches Lehrbuch der Marxschen Lehre, in der "Neuen Zeit" von Kautsky, dem Oberhüter der Marxschen Lehre, auf das Wärmste empfohlen. Sie kennen es ja alle. Es heißt: "Karl Marx, sein Leben und seine Lehre" von Beer (N. B. Auch zu kaufen in der sozialdemokr. Buchhandlung in der Kranstraße in Emden.) In diesem Buche kommt das Wort Währung überhaupt nicht, und das Wort Geld nur ein einziges mal vor. Also, was geht Sie Geld und Währung an? Wenn Sie demaleinst den "Zukunftsstaat" fertig haben, gewiß, dann mögen Sie auch meinetwegen Ihr "Zukunftsgeld", wie es Bebel uns in der "Frau" geschildert hat, einführen, aber bis dahin dürfen Sie nicht das Jahrtausende alte und bewährte Geldsystem und unsere Währung ändern."

Als Stinnes so gesprochen hatte, antwortete der Führer der Sozialdemokratie: "Sie haben Recht, Herr Stinnes. Wenn wir die politische Macht haben, dann werden wir die Sache auch schmeißen, dann sozialisieren wir die Betriebe, aber von der Sozialisierung des Geldes, an die Sie jedenfalls denken, davon steht in unseren Lehrbüchern wahrhaftig kein Sterbenswörtchen, also ist sie auch unnötig oder gar fehlerhaft. Seien Sie unbesorgt, unsere Goldwährung lassen wir in Frieden, ja unsere rote Garde soll als Wächter vor sie hingestellt werden."

Da ging Stinnes hinaus und sagte zu seinen Freunden: "Das Ding haben wir mal wieder fein gedreht. Die Toren da drinnen denken nicht einmal an die alte Volksweisheit: "Geld regiert die Welt." Die Toren da drinnen haben die Republik, aber keine Gebrauchsanweisung, und ich, ich gebe sie ihnen nicht. Die da haben die scheinbare Macht, nämlich die politische, ich aber, ich habe die wirkliche Macht, die Geldmacht. Die da haben die Hülle, ich aber habe den Kern. Die da werden in ihrer Blindheit mit der Tätigkeit der Notenpresse, mit der Helfferich angefangen hat, ruhig oder vielmehr mit verstärkter Macht fortfahren und damit ist ihr Bankrott besiegelt Was an mir liegt, soll alles geschehen, daß das Tempo der Notenpresse immer schneller gehen wird. Die Zeitungen werde ich aufkaufen. Sie mögen dann über die Notwendigkeit der Republik schreiben, wie sie wollen, aber über Geld und Währung sollen sie nichts schreiben, oder nötigenfalls nur so, daß das Volk weiter dumm gehalten wird. Wenn dann durch die Währungspuscherei allmählich die Zeit kommt, wo die Milch 20 Milliarden, das Brot 100 Milliarden kostet, wenn dann die Massen hungern, arbeitslos sind, dann werden wir die Arbeiter, nachdem sie sich gegenseitig zerfleischt haben, schon wieder unter das Joch des Kapitalismus vollständig niederzwingen. Ob aber das Volk trotz aller Verdunkelungstätigkeit meiner Presse doch nicht merken wird, wo die Wurzel allen Übels steckt? Nein, ich kenne die Wirkung der Presse. Die Presse wird ihre Schuldigkeit tun und wird dem braven Michel die Schlafmütze über die Ohren ziehen, und die Parteibonzen aller Parteien, ich sage ausnahmslos aller Parteien, werden sie bei dieser Tätigkeit unterstützen. Und wenn die Not im Volke gar zu arg wird; nun, wozu haben wir dann die lieben Juden? Hier müssen unsere Freunde von der deutschnationalen Volkspartei einsetzen. Sie werden das Volk schon dahin "aufklären", daß nur die Juden an allem Unglück Schuld sind. Sie werden die Massen mit nationalen Phrasen benebeln. Auf eine frisch, fromm, fröhliche Judenhetze ist ja von jeher das dumme Volk hereingefallen, wenn die bevorrechtigten Klassen in Gefahr gerieten, an ihrer bevorzugten Stellung Einbuße zu erleiden. So 1811, 1849, 1880. Somit fasse ich mein Urteil dahin zusammen: Voll Vertrauen in die Zukunft geblickt, denn die Notenpresse wird mit unfehlbarer Sicherheit die Novemberleute zum Bankrott bringen."

Soweit Stinnes. Hier muß ich ein Geständnis machen. Die Geschichte ist, wie jeder Leser sofort gemerkt haben wird, frei erfunden, aber sie hätte sich doch so abspielen können. So nämlich hätte der Kapitalismus zum Marxismus sprechen können. " ...

Nach dem Zweiten Weltkrieg bestand die Hoffnung, dass die Wirtschaftswissenschaft und die Wirtschaftspolitik ihre Geldblindheit überwinden würde. In der freiwirtschaftlichen Gründung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft kam es zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit von Ordoliberalen (Neoliberalen erster Prägung) und Vertretern der Freiwirtschaftsschule. Ludwig Erhard wurde der Freiwirtschaftsschule zugerechnet. Und das fand wohl seine Zustimmung. Er hat nämlich in seinem Buch „Wohlstand für alle“ auf der Seite 195 eine Karika-

tur übernommen, wo er als freiwirtschaftlicher Troubadour vorgestellt wird. Aber mit dem Tod wesentlicher Akteure endete die Zusammenarbeit der Freiwirte mit den Ordoliberalen und die Freiwirte wurden aus ihrer eigenen Gründung hinausgedrängt. (Nachzulesen in: >Freiheit oder? / Notizen über die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung und ihren Beitrag zur „Sozialen Marktwirtschaft“. Eine Denkschrift für Otto Lautenbach < von Ernst Winkler / Nachdruck im Heft 273/4 der Fragen der Freiheit mit dem Haupttitel „Ordoliberalismus und Freiwirtschaft“.

Wer heute bei der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft oder bei Instituten und Stiftungen nachfragt, die die Namen Walter Eucken, Wilhelm Röpke oder Alexander Rüstow nach ihrem Verhältnis zur Freiwirtschaftsschule befragt, wird ohne Begründung auf Schweigen oder Ablehnung stoßen. Es mutet wie eine Verschwörung an, an Orten, wo für die Marktwirtschaft geforscht und geworben wird und die durch glänzende Namen vertreten werden, wird die Marktwirtschaft sabotiert, weil die Kernprobleme der Marktwirtschaft, die Währungsordnung und das Bodenrecht ausgeblendet werden oder so behandelt werden, dass die damit verbundenen Probleme ausgeblendet werden. Es fiel jetzt das Stichwort „Bodenrecht“. Es ist ein Komplex für sich. Ludwig Erhards Lieblingslehrer Franz Oppenheimer war von dem Thema beseelt. Konrad Adenauer war als Oberbürgermeister und Präsident des Preußischen Staatsrates der Meinung:

>... Ich betrachte die falsche Bodenpolitik, wobei ich das Wort Bodenpolitik im weitesten Umfange des Wortes nehme, als die Hauptquelle aller physischen und psychischen Entartungserscheinungen, unter denen wir leiden.  
... < (Adolf Damaschke, Die Bodenreform, 20. Auflage, 1923, S. 476)

Es heißt, das einzige Mal, das ein deutsches Parlament ein brauchbares Gesetz zum Bodenrecht verabschiedet hat, sei jenes für das deutsche Pachtgebiet in Kiautschou in China. So Prof. Gustav Bohnsack im Vorwort zu „Vergessener Faktor Boden / Marktgerechte Bodenbewertung und Raumordnung“ von Martin Pfannschmidt. Siehe dazu auch „Deutschland in Ostasien (Kiautschou)“ in „Die Bodenreform“ von Damaschke, ab Seite 426 und „Die Steuer als Instrument der deutschen Bodenpolitik in Tsingtau (1898 – 1914): Triebkräfte, Ziele, Ergebnisse“ von Elisabeth Ina Friedrich, 1992. Heute kann man offensichtlich ein Jura- oder Ökonomiestudium abschließen ohne auch nur eine Vorlesung über die Probleme des Bodenrechts gehört zu haben. Und da wundern sich die tonangebenden klugen Köpfe, dass die Anlässe für Bürger- und Völkerkriege nicht abnehmen und die Einkommensverteilungen in den nationalen Ökonomien keine Spur von Leistungsgerechtigkeit aufweisen.

Aber die Bürgerinnen und Bürger, die sich diesen Themen aus freiem Entschluss und ohne Lohn gewidmet haben, wurden in der Regel von der beamteten Wissenschaft wie die Paria, die Unberührbaren, behandelt. Die feinen Herrschaften waren sich für diese „Drecksarbeit“ zu schade und weichen lieber auf weniger konfliktreiche Themen aus. Die Nutznießer hat es sicher gefreut. Die Leidtragenden mussten und müssen es mit Hartz IV oder dem Konkurs bezahlen. Und die Blindheit der Forschungs-, Wirtschafts- und Finanzminister für diese Fragen leitete und leitet alle Forschungsmittel in weitem Bogen um diese Problemkomplexe herum.

Die Wochenzeitung DIE ZEIT hat in ihrer Ausgabe Nr. 33. vom 10. 08. 1984 unter dem Titel „Der knorrige Patriarch der Elektronik“ einen Bericht über Heinz Nixdorf von Nina Grunenberg gebracht. Nixdorf hatte Grunenberg gestanden, dass ihm in seinem betriebswirtschaftlichen Studium Silvio Gesell zum Ticken gebracht hätte. Ich habe ihm darauf hin am 19. August 1984 angeschrieben und angefragt, wie er heute die Aussagen der Freiwirtschaftsschule bewerten würde. Er antwortete am 27. August 1984, dass er gerne bestätigt hätte, dass Gesell ihn in jungen Jahren beeindruckt hat. Mit der Einführung der Marktwirtschaft durch Ludwig Erhard sah er Gesell aber wohl als überholt an. Er schrieb dann wörtlich:

>... Zu den Lehren von Silvio Gesell möchte ich erst wieder Stellung nehmen, wenn es mir gelungen ist, mittels der spärlich vorhandenen Literatur, mir einen einigermaßen guten Überblick zu verschaffen. ...<

Ich wollte zum Fortgang dieser Korrespondenz mit einem Link auf meine Dokumentation verweisen. Ich stellte aber fest, dass hier eine Störung vorliegt. Ich übernehme daher eine Passage aus meinem Beitrag zum Tode von Heinz Nixdorf aus der Zeitschrift für Sozialökonomie 69. Folge /1986, Seite 39:

> Um Heinz NIXDORF den Überblick zu erleichtern, habe ich ihm mit Schreiben vom 29. August 1984 Kontaktadressen und neuere Literatur benannt. Ich habe besonders auf Ernst WINKLER hingewiesen, der aus eigenem Mitwirken berichten kann, daß mit „Sozialer Marktwirtschaft“ ursprünglich etwas ganz anderes gemeint war als heute. Ernst WINKLER schrieb mit Schreiben vom 14.10.84: „Aus Ihrem Brief v. 27.8.84 an T. ABROMEIT entnehme ich, daß Sie die Freiwirtschaftslehre durch die Soziale Marktwirtschaft mit ihren bekannt großen Erfolgen zwar für überholt halten, aber dennoch grundsätzlich für nähere Informationen zur Bildung eines objektiven Urteils aufgeschlossen sind. Diese Haltung begrüßen wir mit Respekt und Freude, wie Ihnen bereits Herr ABROMEIT am 29.8. entgegenete; dazu hat er Ihnen mehrere Informationsquellen mitgeteilt und dabei auch auf meine Veröffentlichungen hingewiesen.

In drei Beilagen \* versuche ich unsere (...) Überzeugung zu begründen, daß die Soziale Marktwirtschaft eine unvollendete Realisation jener von der Frei-

wirtschaft angestrebten freien Marktwirtschaft darstellt, die sowohl von staatlichem Dirigismus (Interventionismus) wie von wirtschaftlicher Vermachtung (kapitalistischer Monopolbildung) frei ist und eben dadurch das mögliche Höchstmaß an sozialer Gerechtigkeit verwirklicht. In Beilage 1 bewerte ich jene ordoliberalen Postulate von W. EUCKEN, die der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft von MÜLLER-ARMACK zugrunde lagen, nach freiwirtschaftlichen Kriterien. In Beilage 2 schildere ich die zunächst sehr aussichtsreiche Entwicklung der freiwirtschaftlich-ordoliberalen Zusammenarbeit 1946-54 (...). In Beilage 3 charakterisiere ich ohne wirtschaftswissenschaftliche Details (...) die Freiwirtschaft als ein in die Zukunft weisendes Konzept der Entwicklung unserer Gesellschaft aus der gegenwärtigen Krise auf Grund eines allgemeinen Bewußtseinswandels zu einer nachkapitalistischen Wirtschaft und einer nachindustriellen Gesellschaft."...

Offensichtlich hat Heinz NIXDORF als erfolgreicher Unternehmer und reifer Mann aufgrund neuerer Informationen nochmals die Inhalte der Freiwirtschaftsschule, die ihn in jungen Jahren zum erfolgreichen Tun inspiriert haben, durchdacht, denn am 12. Juni 1985 schrieb er mir: „Die Ratlosigkeit der Politiker von heute macht die Arbeiten von Silvio GESELL immer moderner.“<sup>8</sup>

\*) E. WINKLER, Was heißt „sozial“ in der Sozialen Marktwirtschaft?, in: Fragen der Freiheit, Heft 118/1975. 2. Freiheit? - Die zentrale Frage im politischen Ringen um eine gerechte Sozialordnung, Boll 1980 (Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung, Badstr. 35, 7325 Boll). 3. E. WINKLER. Vor einer Mutation unseres Wirtschaftssystems, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, Folge 62/1984. <

In der Handelsblatt-Ausgabe 33/2013 werden auch die Irrtümer von J. M. Keynes beschrieben. Ich benenne jeweils die Titel und die Autoren:

- Der 1. Irrtum / Der Staat soll zahlen, Fiskalpolitik nach Keynes.  
Von Axel Schrinner
- Der 2. Irrtum / Notenbank soll billiges Geld stellen / Keynes und die fatalen Folgen für die internationale Geldpolitik.  
Von Jens Münchrath
- Der 3. Irrtum / Investieren ist wichtiger als Sparen / Keynes' fatale Lust am Geldausgeben.  
Von Hans Christian Müller
- Der 4. Irrtum / Nur die Nachfrage zählt / Keynes blieb auf einem Auge blind.  
Von Jörg Lichter
- Der 5. Irrtum / Das ständige Wachstum ist vorbei / Keynes unterschätzte den Fortschrittsdrang des Menschen.  
Von Hans Christian Müller
- Der 6. Irrtum / Der Freihandel schadet dem Wohlstand / Die Globalisierung sah Keynes als Gefahr - zu Unrecht.

<sup>8</sup> Ich konnte aber nicht in Erfahrung bringen, daß die Heinz Nixdorf-Stiftung mit dem Motto "Vor dem Himmel kommt das Leben auf Erden, und da gilt es, eine soziale Gesellschaft aufzubauen.Heinz Nixdorf, 1986" ein Projekt, das dieser Einsicht entspricht, gefördert hat.

Von Hans Christian Müller  
- Der 7. Irrtum / Konjunkturpakete finanzieren sich selbst / Keynes überschätzte die  
Hebelwirkung staatlicher Ausgaben.  
Von Malte Buhse

Als Prof. Karl Schiller 1966 in der großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger Bundes-  
Wirtschaftsminister wurde, war von den Irrtümern Keynes noch nicht die Rede.<sup>9</sup> Der Ordoliberalismus hatte abgewirtschaftet - sage ich -, weil er die Freiwirtschaft ausgeschlossen hatte  
und die Keynesianer waren durch die Übernahme der Leitung des Wirtschaftsministeriums  
auf Bundesebene durch einen der ihrigen siegestrunken. Dass sich ihre glänzenden Augen in  
tränenende Augen wandeln würden, weil sie aufgrund des Ausschlusses der "Weißheiten" der  
Freiwirtschaftsschule bald von den Neoliberalen unter Führung von Milton Friedman in ihrer  
Bedeutung abgelöst würden, ahnten sie auch nicht. Sie hätten es aber wissen können, denn  
1962 hatte Karl Walker - der nie eine Chance für ein Hochschulstudium hatte – in einem Vor-  
trag die meisten der heute benannten Fehler schon abgehandelt. Nachzulesen ist das in der  
kleinen Schrift „Gesell, Keynes und die moderne Nationalökonomie“ von Karl Walker mit ei-  
nem Nachwort von 1973. Ich bringe einen Ausschnitt. Die ganze Schrift kann auf meiner Ho-  
mepage in der kleinen freiwirtschaftlichen Bibliothek unter der Textziffer 56.5 eingesehen  
werden. [http://www.tristan-abromeit.de/pdf\\_bibliothek/56.15%20Walker%20Gesell%20Keynes.pdf](http://www.tristan-abromeit.de/pdf_bibliothek/56.15%20Walker%20Gesell%20Keynes.pdf)

Es ist sicherlich nicht ganz leicht, richtig zu ergründen, was sich Keynes  
hier eigentlich vorgestellt haben mag. Das fünfte Kapitel seiner „Allgemeinen  
Theorie ...“ lautet: „Erwartung als Bestimmungsgrund von Produktion und  
Beschäftigung“. In diesem Kapitel setzen meines Erachtens Überlegungen  
ein, die darauf hinaus laufen, daß die Einschränkungen in der Investitions-  
fähigkeit - denen Gesell kurz und bündig mit der Abschnürung der Geldhor-  
tung begegnen würde - mehr aus der Stimmungslage der Unternehmer her-  
rühren sollen, aus pessimistischen Erwartungen, als aus natürlichen Be-  
dingtheiten. Von dieser Sicht her könnte man sich natürlich in langen Ab-  
handlungen über Psychologie im Wirtschaftsleben ergehen und viele schöne  
Worte machen. Andererseits ist es aber ganz sicher, daß man dabei den An-  
satz zu einer währungspolitisch unbedenklichen und sachlich wirksamen  
Maßnahme verpassen wird.

Im Zusammenhang mit dieser Betrachtungsweise kommt nun aber auch  
die Kehrseite zur Berücksichtigung; und diese Kehrseite offenbart jetzt die  
Vorstellung, daß es für die optimistische Grundstimmung der Unternehmer  
völlig belanglos ist, ob die Sparrate gehortet wird oder nicht; denn wenn sie  
gehörtet wird - was in der Gesell'schen Lehre die objektiv greifbare Hürde  
darstellt, über welche die Konjunktur nicht hinwegkommt – dann könne

---

9 Siehe auch: "Karl Schiller Der Superminister"  
<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftswissen/karl-schiller-der-erste-superminister-1624190.html>

doch der unternehmerischen Entscheidung, daß investiert werden soll, mittels „bankgeschäftlicher Kreditschöpfung“ weitergeholfen werden.

Ich brauche Ihnen nicht zu versichern, daß ich bei aller Hochachtung vor der Leistung, die Keynes mit seiner „Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ vollbracht hat, diesen Überlegungen nicht folgen kann.

Da Keynes seine Geldtheorie, insbesondere seine Ansicht von der Entstehung des sog. „Bankgeldes“, aus seinem vorhergehenden Werk „Vom Gelde“ wie eine Selbstverständlichkeit in seine „Allgemeine Theorie ...“ übernommen hat, finden sich die Vorstellungen, die hier gemeint sind, natürlich auch in seinen konjunkturtheoretischen Erklärungen. In dem Kapitel über „Die Entstehungs- und Lebensgeschichte eines Konjunktur-Zyklus“ (Vom Golde, S. 226 ff) stellt er erst fest, daß die Entscheidung über Sparen und Investieren nicht nur von verschiedenen Gruppen von Menschen, sondern auch zu verschiedenen Zeitpunkten gefällt werde; und in diesem Zusammenhang erklärt er wörtlich: „Wenn eine Wandlung des Charakters der Produktion eintritt, die späterhin zu einer erhöhten Erzeugung von fixem Kapital führen wird, dann wird die zusätzliche Ersparnis erst benötigt, wenn der Produktionsprozeß beendet ist.“ Diese Formulierung läßt doch wohl kaum eine andere Deutung zu als die, daß Keynes meint, es könne Realkapital gebildet werden, ohne daß irgend jemand eine Sparleistung vollbringt, resp. bevor die Sparrate zur Verfügung stehe (!). Das Problem ist eben in den Vorstellungen von Keynes mittels der vermeintlichen Möglichkeiten der Bankgeldschöpfung der Geschäftsbanken gelöst. In demselben Werk sagt er ja auch an anderer Stelle (s. S. 24 ff), es könne „kein Zweifel darüber bestehen, daß im weitesten Sinne des Wortes alle Depositen von der Bank, die sie hält, ‘geschaffen‘ werden.“

Nun ist es aber immerhin bemerkenswert, daß Keynes zuweilen auch einmal die entgegengesetzte Ansicht zum Ausdruck bringt. So schreibt er beispielsweise nur wenige Seiten vor dem obigen Zitat (s. S. 20 ff) in demselben Werk: Bankleiter, wie Dr. Walter Lean, haben daraus die Folgerung gezogen, daß, betrachtet man das Banksystem als Ganzes, die Initiative bei den Einlegern liegt, und daß die Banken nicht mehr ausleihen können, als ihre Einleger ihnen vorher anvertraut haben. Da die Nationalökonomien nicht so viel gesunden Menschenverstand aufbringen, um sich diese Theorie zu eigen zu machen, ist viel Tinte vergossen worden.“

Ähnliche Gedankengänge finden sich auch in seiner „Allgemeinen Theorie ...“, so beispielsweise, wenn er schreibt: „...Die Vorstellung, daß die Erzeugung von Kredit durch das Bankensystem die Vornahme von Investitionen zuläßt, der keine echte Ersparnis entgegensteht, kann nur davon herühren, daß eine der Folgen des vermehrten Bankkredits unter Ausschluß der übrigen herausgehoben wird.“ (s. a. a. O. S. 71). Und eine Seite weiter äußert er sich nocheinmal: „...Die altmodische Anschauung, daß Ersparnis immer Investition bedingt, ist somit, obschon unvollständig und irreführend, im Kern gesünder als die neumodische Anschauung, daß es Ersparnis ohne

Investition, oder Investition ohne „echte“ Ersparnis geben kann."

Das sind zweifellos Sätze, denen wir zustimmen könnten. Dennoch aber scheint mir, dürfte es wenig Sinn haben, an diesen Sätzen demonstrieren zu wollen, was Keynes wirklich gemeint habe. In seiner Lehre ist eben - wie bei Marx, der auch einige wesentliche geldtheoretische Einsichten durchaus treffend formuliert hat, und nur in den Konsequenzen nicht bei diesen, besseren Einsichten geblieben ist (!) - Richtiges und Falsches miteinander verfilzt. Letzten Endes ist schließlich die „Bankgeld-Schöpfungs-Theorie“ in der Keynes'schen Lehre implicite, d. h. unausgesprochenenmaßen, identisch mit der Ansicht, daß die Investoren angesichts der Kreditschöpfungsmöglichkeiten der Geschäftsbanken (aus Eins mach Zehn!) nicht auf den echten Kredit, d. h. auf die Sparquote angewiesen seien. Es kann nicht übersehen werden, daß dies die Vorstellungen der Keynes'schen Schule sind, die die Konzeption Gesells in den Augen der modernen Nationalökonomie „überholt“ haben.

Ich weiß sehr wohl, wir haben uns häufig - und in vielen Einzelfragen auch mit Recht und mit guten Gründen auf Keynes berufen, wenn wir der Allergewerksmeinung gegenüberstanden, Gesell sei ein wirklichkeitsfremder Phantast und Weltverbesserer gewesen.

Halten Sie mir aber bitte zugute, daß ich jetzt um der Leistung Gesells willen diese Berufung auf Keynes ein wenig dämpfe; wir laufen sonst Gefahr, daß auch die Keynes'schen Fehler noch in die Gesell'sche Lehre hineingedacht werden.

Selbst wenn sich noch darüber streiten ließe, ob es wirklich der Grundgehalt der Keynes'schen Lehre ist, was die modernen Interpreten dazu zum besten geben, ist es doch ganz sicher, daß die folgenschwere Verirrung, die ich hier meine, auf der Linie von Keynes bis zur modernen National-Ökonomie immer deutlicher und markanter hervorgetreten ist. Wenn heute beispielsweise Professor Erich Schneider, Universität Kiel, seinen Hörern beibringt, „...daß die Giralgeldschöpfung der Kreditbanken in einer Volkswirtschaft in keiner Weise durch die Höhe der Ersparnisse begrenzt oder von dieser abhängig“ sei, und wenn er dazu noch ausdrücklich erklärt: „... vermehrtes Sparen ist deshalb auch keine notwendige Voraussetzung für die Gewährung neuer Kredite“, so scheint mir diese Ansicht - nachzulesen bei Erich Schneider: „Einführung in die Wirtschaftstheorie, III. Teil, Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung, S. 60; Verlag J. C. B. Mohr, Tübingen, - eben doch die Quintessenz einer drei Jahrzehnte lang kultivierten Verirrung zu sein.

Die Lehre unseres berühmten englischen Nationalökonomens, die nach seinen eigenen Erwartungen und Hoffnungen die Welt verändern sollte, gipfelt also in bezug auf unser Thema in der Tat in der heute weltweit verbreiteten Vorstellung, die Investitionstätigkeit sei nicht abhängig von einer zuvor vorhandenen Sparquote. Soweit die Investitionen einer Finanzierung bedürfen, könne und würde diese mittels bankgeschäftlicher Kreditschöpfung zu be-

werkstelligen sein. In den Phasen des drohenden Konjunkturreinbruchs, wenn die private Investitionsneigung nachgelassen habe, sei es Sache des Staates, mit solcher Kreditschöpfung einzugreifen. Und wenn man ganz genau hinschaut, wird die Kreditschöpfung in diesen Vorstellungen nach und nach einfach mit Wortschöpfung identifiziert.

Diese Theorien, die allerdings auch schon ihre Vorläufer hatten - und erst recht ihre Nachzügler - spuken jetzt, wie gesagt, seit rund drei Jahrzehnten in der Welt herum. Immer wieder - und am nachdrücklichsten, wenn es um die Kriegsfinanzierung geht - wird uns erzählt, man könne mit dem monetären Trick gegenwärtiger Kreditschöpfung einen Vorgriff auf die zukünftige Produktivität vornehmen. Und die allerwenigsten Menschen begreifen, daß die Manipulation immer nur darauf hinausläuft, mit zusätzlich geschöpftem Geld nicht die noch nicht vorhandenen zukünftigen, - sondern die gegenwärtigen Güter in den Griff zu bekommen!

Ich erinnere mich an eine Diskussion, an der ich mit Otto Lautenbach und einigen Herren in Berlin während des Krieges teilgenommen hatte. Es ging um die Frage, wie das alles, was in diesem Krieg materiell gebraucht wird, denn nur aufgebracht werden soll; und da vertraten die Herren eben die landläufige Meinung: durch Kreditschöpfung, durch einen Vorgriff auf die, wie sie meinten „enorme Leistungskraft des zukünftigen Reiches“. Wir versuchten ihnen klar zu machen, daß wir zwar die Möglichkeiten der Kreditschöpfung nicht bezweifeln, daß wir aber jetzt und heute mit der Produktivität der Zukunft noch nichts anfangen können. Darüber waren die Herren jedoch ganz anderer Ansicht; ihr Glaube an die Zaubermacht der Kreditschöpfung, die uns mit einem Federstrich heute schon mit zukünftigen Gütern versorgen soll, war nicht umzubringen, - bis Otto Lautenbach gewissermaßen abschließend - denn das hat den anderen die Sprache verschlagen - den lapidaren Satz in die Debatte warf: „Nicht eine einzige Hose, meine Herren, die ein Landser in diesem Krieg am Hintern hat, wird erst nach dem Krieg hergestellt werden können.“ Und das gilt natürlich auch für die Kanonen und Flugzeuge. Aber solche Vorstellungen kommen eben von diesen Schöpfungstheorien her. - Ich habe damals auch noch einen sehr gewichtig auftretenden Herrn kennengelernt, der mit der Großzügigkeit eines welterfahrenen Finanzgenies nur die Kleinigkeit von 200 Milliarden Reichsmark in „Giroscheinen“ schöpfen wollte, um alle Not der Kriegslage zu bannen.

Halten wir nun also fest: der Trick einer solchen Kreditschöpfung besteht immer nur darin, monetäre Ansprüche auf gegenwärtige Güter, die aber doch keinesfalls herrenlos sind, sondern nur aus irgend einem Grunde nicht vom Markt abgerufen werden, in den Verkehr zu bringen. In der Kriegswirtschaft war der Abruf der Güter (der Textilwaren z.B.) durch das Bezugsscheinwesen blockiert; folglich konnten die Textilien selbstverständlich vom zusätzlich geschöpften Geld für den Heeresbedarf abgezweigt werden. Die unterlassene Privatanschaffung war die erzwungene Sparquote. Daß also die aus der Kreditschöpfung herrührende zusätzliche Nachfrage überhaupt reale Ware vorgefunden hat, war nur diesem Umstand zu verdanken.

...

Keynes glaubte, den Konsequenzen der Gesell'schen Lehre ausweichen zu können. Ich habe nicht die Auffassung, daß das ein sehr glücklicher Einfall war; aber die Frage, ob es möglich sein kann, die Probleme ohne Gesell zu lösen, hat schon eine beträchtliche Rolle gespielt und die Ablehnung, die die Gesell'sche Schule überall erfährt, hängt damit zusammen, daß man das auch tatsächlich glaubt.

Ich selbst denke darüber anders, nicht, weil ich etwa ein orthodoxer dogmatischer Gesellianer bin, sondern nur weil ich Gründe habe, an denen ich nicht vorbeikomme, ohne der Logik Gewalt anzutun. Lassen Sie mich das ein wenig erklären: Gesell respektiert, wie ich schon sagte, die Eigentumsrechte; aber er verlangt um der Aufrechterhaltung der volkswirtschaftlichen Zirkulation willen die Entscheidung zwischen Verbrauchen einerseits oder Sparen-Investieren andererseits. Daraus ergibt sich seine Forderung, dem Geld einen stets wirksamen Umlaufsimpuls einzubauen.

Keynes dagegen scheute diese Konsequenz. Deshalb hat er den für meine Begriffe bedenklicheren Ausweg vorgezogen, dem „Hang zur Liquidität“ seinen Spielraum zu belassen, und den konjunkturellen Schwierigkeiten mit der Einschleusung von „Ersatz-Nachfrage“ (Kreditschöpfung, defizit spending) zu begegnen. Lassen Sie mich hierzu einmal offen sagen, was ich denke: ich denke, Keynes konnte ja auch gar nicht noch einen anderen Umlaufsimpuls als den Gesell'schen erfinden, er mußte um der Distanz willen irgend etwas anderes bieten. Auf das Distanzhalten von dem Außenseiter kam es nämlich an. Mir hat Keynes, wie ich schon sagte, 1936 geschrieben, er halte es nicht für gut, „die Ähnlichkeit zwischen seiner Theorie und derjenigen von Gesell zu weit in den Vordergrund zu bringen.“

Sehen Sie, so ist es der entscheidende Unterschied zwischen der Gesell'schen und der Keynes'schen Konzeption geworden, daß der eine die Wirtschaft mit konstantem Geldumlauf aufrechterhalten will und der andere mit permanenter Geldschöpfung zur jeweiligen Überwindung der Stokkungen.

Gewiß, Keynes hat recht gehabt: seine Theorie hat die Welt revolutioniert! - das aber konnte ja auch Marx von der seinigen sagen; mit größerem Recht sogar. Entscheidend ist jedoch nicht die Wirkung an sich, - entscheidend ist, ob es sich um einen echten, dauerhaften Fortschritt handelt, und das ist ganz entschieden nicht der Fall.

(Karl Walker, Gesell, Keynes und die moderne Nationalökonomie, Seite 9 – 12)

Es gab aber immer auf Seiten der Freiwirtschaftsschule wohl immer Bemühungen mit konkurrierenden Schulen konstruktiv umzugehen. Ich benenne z. B. C. Harry Bubeck mit seiner Schrift „Vollbeschäftigung ohne Inflation – Geldumlaufsicherung und deren Darstellung in einem „Keynesschen“ System von 1966. Die Schrift ist unter der Textziffer. 56.6 auf meiner Homepage zugänglich. [http://www.tristan-abromeit.de/pdf\\_bibliothek/56.16%20Bubeck%20Vollbeschaeftigung.pdf](http://www.tristan-abromeit.de/pdf_bibliothek/56.16%20Bubeck%20Vollbeschaeftigung.pdf)

Harry Bubeck bin ich 1966 einmal in Hamburg begegnet. Er hat wohl vorwiegend im englischen Sprachraum (USA, Kanada und Groß Britanien) studiert und geforscht.

Zu den Neoliberalen zweiter Prägung (Die Hinzufügung "zweiter Prägung" ist berechtigt, weil sie sich von Neoliberalen, die auch Ordoliberalen genannt werden, wesentlich unterscheiden.): Ich kenne keine diesbezügliche Erhebung. Ich schätze aber, dass diese Neoliberalen der Chicagoer Schule ( [http://de.wikipedia.org/wiki/Chicagoer\\_Schule\\_%28%C3%96konomie%29](http://de.wikipedia.org/wiki/Chicagoer_Schule_%28%C3%96konomie%29) ) unter Führung von Milton Friedman es wohl geschafft haben, bei mehr Menschen eine Abneigung gegen eine gut gemeinte Ökonomie zu provozieren, als es die Kommunisten es in der Vergangenheit vermochten. Dabei ist verständlich, dass sie die geistige Führung der Keynesianer aufgrund deren Schwäche ablösen wollten.

> Laut [Gerhard Willke](#) war Friedman zusammen mit [Friedrich August von Hayek](#) „Wegbereiter und Meisterdenker des [neoliberalen Projekts](#)“, eines wirtschaftspolitischen Projekts zur Verwirklichung von mehr Markt, mehr Wettbewerb und mehr individueller Freiheit. Friedman selbst bezeichnete sich jedoch nicht als Neoliberaler < [http://de.wikipedia.org/wiki/Milton\\_Friedman](http://de.wikipedia.org/wiki/Milton_Friedman)

Aber schon 1976, als Friedman von der schwedischen Reichsbank in Erinnerung an Alfred Nobel den Preis für Wirtschaft erhielt, wurde – wenigstens für die freiwirtschaftlich orientierten Beobachter - deutlich, dass dieser Neoliberalismus scheitern würde, ohne das positive Potenzial, das in ihm angelegt ist, ausschöpfen zu können. Die Ursachen: 1. eine ungenaue, zu mechanische Geldpolitik, die die eigentlichen Probleme von Währungen nicht erfasst, 2. die Fiskalpolitik mit steigender Staatsverschuldung und Marktverzerrung konnte so nicht reduziert werden 3. die Außerachtlassung der Bodenrechtsprobleme in Bezug auf Nutzung der Erdoberfläche, der Bodenschätze, des Luftraumes und der Meere und 4. eine Privatisierungspolitik ohne Klärung dessen, was sinnvollerweise Privateigentum sein kann und ohne Rücksicht darauf, ob Privatisierungen zu privaten Monopolen führen mit einem verengten Blick auf die Schaffung von Renditeobjekten. Die Überwindung kommunistischer oder faschistischer<sup>10</sup> Strukturen (je nach Blickwinkel) im Bildungsbereich und im sozialen Sicherungssystem blieben so unangetastet. Es ist nicht nur ein Glaubenssatz von mir, wenn ich sage, dass die Zusammenführung der positiven Elemente der Lehren von Friedman, Keynes und Gesell

---

<sup>10</sup> Die Bezeichnung ist hier schwierig. Ich denke hier nicht an die Naziideologie, eher an den italienischen Faschismus im Sinn von autoritären Korporatismus und der damit verbundenen erzwungenen Einbindung in das Bildungssystem. Nach meinem Informationsstand geht z. B. Der Schulzwang auf ein Nazigesetz zurück. Bildungspolitik ist bei uns vor allem ein Kampf darum, mit welchen Inhalten die Köpfe der Bürger gefüllt werden.

die Lösung wären. Aber davor gäbe es noch viel zu klären und auszusortieren. Vor allem wäre zu klären, was Geld und was kein Geld ist, sondern Kredit oder kurzfristiges Kapital. Als Anregung zum Lesen und als Ausblick sollten Sie mal folgende Links anklicken:

[http://de.wikipedia.org/wiki/Milton\\_Friedman](http://de.wikipedia.org/wiki/Milton_Friedman)

<http://www.silvio-gesell.de/>

## Zweiter Themen-Block

Zur leichteren Erinnerung eine Rückblende aus der Einleitung:

oooooooooooo

2.a Ich war damit kaum fertig, als ich einen Link zu folgendem Artikel erhielt:

> G20 Gipfel in Moskau / Showdown im Währungskrieg

15.02.2013, 12:00 Uhr, aktualisiert 15.02.2013, 16:01 Uhr Der starke Euro und Japans Geldpolitik schüren die Angst vor einem Währungskrieg. In Moskau sitzen die 20 größten Wirtschaftsmächte am G20-Tisch und hätten die Chance, die gefährliche Debatte aus der Welt zu schaffen. <

<http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/geldpolitik/g20-gipfel-in-moskau-showdown-im-waehrungskrieg-seite-all/7789448-all.html>

Der Artikel ist gekennzeichnet mit [rtr/dpa](#) .

2.b Am Montag, den 18. 2. 2013 war dann in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung folgende Schlagzeile zu lesen: > Votum gegen „Währungskrieg“ <

oooooooooooo

Hier will ich mich kurz fassen. Meldungen, deren Inhalt sich dem Leser oder Hörer nicht erschließen, mögen vielleicht in ihm einen Schauer vor der Erhabenheit des Wissens des Berichterstatters erzeugen, sind in ihrer Wirkung aber letztlich destruktiv, weil sie dem Leser nicht dazu verhelfen, die Welt besser zu verstehen. Gerade in Berichten über Vorgänge in der Wirtschaft und im Staat sollten den Lesern Verständnishilfen gegeben werden, dass z. B. Abkürzungen, Fachbegriffe oder Fremdworte erläutert werden, schon um kontrollieren zu können, ob der Berichterstatter überhaupt verstanden hat, wovon er berichtet. Ich habe solche Erläuterungen neulich in den beiden Bänden "Geschichte der Nationalökonomie" von Adolf Damaschke, 1922, feststellen können. Nun Damaschke war auch nicht nur der einst bekannte Bodenreformer, sondern auch Lehrer. Aber in heutigen Computer-Zeitschriften habe ich auch schon gesehen, dass Begriffe, die im Artikel vorkommen, in einem Glossar erläutert wurden. Warum nicht in Wirtschaftsmagazinen, -zeitungen und den -seiten in Tageszeitungen? Ich vermute, nicht nur die "Lust auf Wirtschaft" kann so vergrößert werden, sondern auch die Manipulation der Leser wird so verringert.

In Bezug auf die Wechselkurse ist es dem Leser wenig hilfreich, wenn im Sinne der Hofberichterstattung mitgeteilt wird, was die eigene Regierung oder die Regierungen als Teilnehmer einer Konferenz verkünden, sondern es muss aufgezeigt werden, welche Möglichkeiten der Wechselkursgestaltungen es gibt und welche Wirkungen damit erzielt werden bzw. werden können. Absolute Kursmanipulationen gibt es nur in einem System der fixierten Wechselkurse. Das führt aber nicht nur zu Verzerrungen des Wettbewerbs im internationalen Güteraus-tausch, sondern auch zu Verzerrungen des Wettbewerbes und der Einkommen im Land, das sich für fixierte Wechselkurse entscheidet. Deutschland hat seine Erfahrungen damit gemacht. Aber auch das gemeinsame Votum für flexible Wechselkurse bedeutet noch nicht, dass Kurs-manipulationen unterbleiben. Diese würden erst aufhören, wenn den Notenbanken untersagt würde, überhaupt an den Devisenmärkten zu intervenieren. Aber gerade die Berichterstattung über die Funktionen, Instrumente und Kompetenzen der Notenbanken ist mangelhaft und ver-hilft so der Politik zu immer mehr antidemokratischen und zentralistischen Regulierungen.

### Dritter Themen-Block

Hier geht es um den Streik, über den in der Regel so berichtet wird, wie über das Wetter, das außerhalb von gesellschaftlichen Regelungen liegt. Gestreikt wird aber gerne dort, wo die Rechte unbeteiligter Dritter z.B. von Fluggästen betroffen sind. Ein Streikrecht aber, das zu Lasten unbeteiligter Dritter geht, ist mehr als fragwürdig. Dies soll aber nicht heißen, dass Ar-beitnehmer nicht das Recht haben sollen, ihre Interessen wahrzunehmen.

Zur Klärung: Der Wettbewerb ist eine Bedingung der Freiheit. Monopole und Kartelle sind eine Einschränkung des Wettbewerbes und damit der Freiheit. Die Organisation einer Berufs-gruppe und ihr Auftreten unter einen einheitlichen Willen ist auch ein Kartell und von daher unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten kritisch zu sehen. (Das in einer Zentralverwal-tungswirtschaft eine solche Kartellbildung ausgeschlossen ist, sei nur am Rande erwähnt.) Aber lassen wir die marktwirtschaftlichen Bedenken mal außer Acht. Im Zusammenhang mit den Streiks wird in der Regel immer berichtet, es ginge um Lohnerhöhungen. Bei genauer Be-trachtung geht es aber in der Hauptsache um einen Verlustausgleich für die Inflation der Wäh-rung. Eine Entwertung des Geldes von 2, 3 oder mehr Prozent im Laufe des Jahres bedeutet eben, dass der am Jahresbeginn vereinbarte Lohn im Laufe des Jahres um den betreffenden Prozentsatz gesunken ist. Würde aber eine Indexbindung der Löhne z. B. mit halbjährlicher Anpassung an das Preisniveau vereinbart, fiel dieser Grund des Streikes weg. Die Gewerk-

schaften, die mit ihren Durchsetzungsmethoden "Wenn mein starker Arm es will, stehen alle Räder still!" noch ein marxistisches Selbstverständnis vom Anfang des vorigen Jahrhunderts haben, wollen aber keine Indexbindung, weil sie sich dann nicht mehr so gut in Szene setzen können, wollen aber keine Indexklauseln. Wirtschaft und Wissenschaft, die häufiger argumentieren, Indexklauseln würden die Währung gefährden, reden Unsinn. Der Wert der Währung wird noch immer bestimmt von der nachfragenden, umlaufenden Geldmenge im Verhältnis zu der Menge an Gütern und Leistungen, die gegenwärtig im Markt angeboten werden. Die Notenbank hätte es in der Hand auch ein Preisniveau mit 0 % Inflation einzuhalten, wenn sie sich Mittel bedienen würde, die ihr einen konstanten Umlauf der ausgegebenen Geldmenge auch ohne Inflationsrate und bei niedrigen Zins ermöglichen würde. Nun könnte man ja argumentieren, dass der Streik den Arbeitnehmern einen höheren Anteil am Volkseinkommen ermöglicht. Auch das ist für die Gesamtheit der Arbeit nicht möglich, weil unter den gegebenen Bedingungen dann das Geldkapital streikt. Wohl ist es aber möglich, dass ein gut aufgestellter und organisierter Teil der Arbeitnehmer sich zu Lasten weniger gut organisierter Arbeitnehmer einen Vorteil verschafft. Die Besserstellung aller Arbeitnehmer mit ihrem Einkommen gegenüber dem Kapitaleinkommen kann nur in einer Vollbeschäftigung gelingen. Diese Verbesserung des Arbeitseinkommens gegenüber dem Kapitaleinkommen hat aber ohne Reform des Geldwesens ihre engen Grenzen, weil bei fallender Profitrate wieder die Liquiditätsfalle zuschnappt. Aber davon hört man wenig in den Meldungen aus den Wirtschaftsredaktionen und noch weniger von den Gewerkschaften. Der Fortschritt in der Ökonomie wird von denen verhindert, die sich als Aufklärer und Interessenvertreter der Arbeit verstehen.

## Zum Schluss

In diesen Tagen sah ich im Fernsehen einen Bericht, wo Schauspieler in einer Gedenkfeier für die Geschwister Scholl aus deren Flugblättern vorlasen, für die sie von den Nazis zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden. Das Leben der Geschwister Scholl hätte anders verlaufen können, wenn die Presse vor der "Machtergreifung" der Nationalsozialisten weniger interessegebunden, weniger verwirrt und mutiger gewesen wäre. Ich habe auf Professor Christian Kreiß hingewiesen. Wenn ich seinen Vortrag richtig verstanden habe, schätzt er unsere Lage aufgrund der Fakten so ein, dass ein Zusammenbruch der Ökonomie wie in den großen Kriegen nicht mehr vermeidbar ist. Ich habe dagegen noch die Hoffnung, dass diese Opfer an Menschen und Material noch zu vermeiden ist. Diese Hoffnung ist aber auf Sand gebaut,

wenn Sie als Journalisten und Redakteure nicht endlich begreifen, was Ihre Aufgabe ist. Sie riskieren jetzt nicht den Tod wie die Geschwister Scholl - der Tod hat eine Chance nach ihrem möglichen Versagen -, sondern höchstens das Abgleiten in eine Hartz IV- Situation.<sup>11</sup>

Ich selbst weiß ja, wie komplex das Thema Ökonomie ist, dass sich sehr schnell Unsicherheiten über die eigenen Wahrnehmungen und Einsichten einstellen können. Und weil ich mich bei meinen Niederschriften auf meine Intuition verlassen muss, beschleicht mich auch manchmal das Gefühl, dass ich mich hochstaberisch verhalte, weil ich über Dinge schreibe, über die ich gar nicht genug weiß. Ich sage mir dann, dass ich nur stellvertretend für jene schreibe, die es mit mehr Kompetenz tun könnten, aber noch nicht reif oder noch zu feige dazu sind. Haben auch Sie den Mut zur Lücke oder zur möglichen fehlerhaften Darstellung. Sie eröffnen damit dem Widerspruch und letztlich der sachlichen Richtigkeit eine Chance. Die Gefahr liegt in Meldungen, die scheinbar richtig sind und individuell als richtig abgespeichert werden.

Wenn Sie in ihrer Arbeit auf gut aufbereitete Fakten in graphischer Form zurückgreifen möchten, kann ich Ihnen die Bücher von **Helmut Creutz** empfehlen, der sich als Nichtökonom beginnend mit dem Rentenalter unbeeinflusst von ökonomischen Theorien auf der Suche nach der sachlichen Wahrheit gemacht hat. Die Titel lauten:

**Das Geld-Syndrom / Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft**  
und  
**Die 29 Irrtümer rund ums Geld**

Der ersten Titel ist in mehreren Auflagen in verschiedenen Verlagen erschienen. Nachfolgend benenne ich den Link zur Internetpräsentation von Helmut Creutz, auf der Sie viele graphische Darstellungen zu den Themen rund ums Geld finden. <http://www.helmut-creutz.de/>

Ausgang für die Suche nach Organisationen, Literatur, Tagungen und Kongressen mit wirtschaftlichem Hintergrund können folgende Links sein:

[www.nwo.de](http://www.nwo.de) und [www.geldreform.de](http://www.geldreform.de)

---

<sup>11</sup> Und dass so viele Menschen auf Leistungen nach Hartz IV angewiesen sind, weil sie ohne Arbeit sind oder weil ihr Lohn zum Leben nicht reicht, ist auch auf der unzulänglich ausgeübten Kontrollfunktion des Wirtschafts-Journalismus zurückzuführen. Wenn über die Verhältnisse so berichtet wird, als seien sie von Gott oder der Natur gewollt und die Betroffenen hätten die Pflicht bescheidener zu sein, können die Menschen sich nicht effektiv wehren. Man unterschätze aber nicht die soziale Explosionsgefahr, die so entsteht.

An Zeitschriften sind zu benennen:

## Zeitschrift für Sozialökonomie

<http://www.sozialoekonomie-online.de/> / Redaktion: [onken@sozialoekonomie.info](mailto:onken@sozialoekonomie.info)

## Humane Wirtschaft

[www.humane-wirtschaft.de](http://www.humane-wirtschaft.de) / Redaktion: [redaktion@humane-wirtschaft.de](mailto:redaktion@humane-wirtschaft.de)

## Fragen der Freiheit

[www.sffo.de](http://www.sffo.de) / Redaktion: [info@sffo.de](mailto:info@sffo.de)

## Fairconomy

[www.INWO.de](http://www.INWO.de) / Redaktion: [Redaktion@INWO.de](mailto:Redaktion@INWO.de)